

+ / p.B. 72.9.15.1. (28)

0

ABSENDER/EXPEDITEUR: POL. ABT. I

ambonrf	ambasuisse	bonn	-o-
amwashin	ambasuisse	washington	-o-
amvienna	ambasuisse	vienna	-o-
ambruxel	ambasuisse	bruxelles	-t-
amsofiab	ambasuisse	sofia	-o-
amottawa	ambasuisse	ottawa	-o-
amcopenh	ambasuisse	copenhagen	-t-
amadrid	ambasuisse	madrid	-o-
amhelsinki	ambasuisse	helsinki	-o-
amlondre	ambasuisse	londres	-o-
amathene	ambasuisse	athenes	-o-
ambudape	ambasuisse	budapest	-o-
amdublin	ambasuisse	dublin	-t-
amromeit	ambasuisse	rome	-o-
amluxemb	ambasuisse	luxembourg	-t-
amoslono	ambasuisse	oslo	-o-
amhayepa	ambasuisse	la haye	-t-
amvarsov	ambasuisse	varsovie	-o-
amlisbon	ambasuisse	lisbonne	-o-
ambucare	ambasuisse	bucarest	-o-
amstockh	ambasuisse	stockholm	-o-
amprague	ambasuisse	prague	-o-
amankara	ambasuisse	ankara	-o-
amoscou	ambasuisse	moscou	-o-
ambelgra	ambasuisse	belgrade	-o-

((((

ur ambonrfo amwashino amvienneso ambruxel amsofiabo amottawao
 amcopenh ammadrido amhelsinki amlondreo amatheneo ambudapeo amdublin
 amromeito amluxemb amoslono amhayepa amvarsovo amlisbono ambucareo
 amstockho ampragueo amankarao ammoscouo ambelgrao
 .berneda

pour

bern 23.11.90 09:28 u r g e n t

6428-hhhhh

An: - Schweizer Botschaften in den KSZE-Staaten
 - Mission Bruessel
 - Delegation Genf
 - OECD-Mission



- Vertretung Strassburg

Bilaterale Treffen waehrend des KSZE-Gipfels in Paris

1. Im Reigen der bilateralen Treffen und informellen Gespraechen waehrend des Gipfels, standen fuer die Schweiz zwei Themen im Vordergrund. Zunaechst und schwergewichtig die EWR-Verhandlungen, weiter die schweizerische Unterstuetzung an Ostmitteleuropa.

Das erste Thema war Gegenstand von Treffen mit Italien, Schweden, Finnland und Norwegen (mit Oesterreich werden anlaesslich des bevorstehenden Besuches von Bundeskanzler Vranitzky in Bern eingehende Gespraechen moeglich sein) sowie informeller Gespraechen mit der EGK (Delors), Luxemburg (EG-Praesidentschaft 1. Halbjahr 1991) und Bundeskanzler Kohl. Die dabei von der EG-Seite ausgedrueckte Botschaft ist grundsaeztlich positiv. Ein EWR liegt zum gegenwaertigen Zeitpunkt im allseitigen (EG, EFTA, Gesamteuropa), politischen Interesse (so Delors ausdruuecklich auch in der EGK-Ansprache am Gipfel). Daher werden auch die institutionellen Probleme loesbar sein, was allerdings wegen anderseitiger Absorption (GATT, Regierungskonferenzen) der EG kaum mehr im Dezember 90 der Fall sein wird. Die drei EFTA-Partner betonen ihre Entschlossenheit zum Abschluss eines EWR-Vertrages bis zum Fruehling 91, geben aber mehr oder weniger deutlich zu verstehen, dass sie dies als Zwischenstufe zum Beitritt sehen.

Die drei ostmitteleuropaeischen Gespraechspartner weisen dies der Grundtenor in den Treffen mit Ungarn, Bulgarien und Rumaenien - auf die wirtschaftlich bedingte Fragilitaet der neugewonnenen politischen Freiheiten hin.

2. Italien

(Ministerpraesident Andreotti, sein Stabschef Vattani, BP Koller, BR Felber)

A. anerkennt ausdruuecklich den Effort der EFTA-Staaten bezueglich der Aufgabe von Ausnahmen vom Acquis. Wir haben die Bewegung hin zur EG-Mitgliedschaft in Schweden und Norwegen zur Kenntnis genommen, institutionell koennen wir aber im Moment keine EG mit 19 oder mehr Mitglieder verkraften. Ein EWR ist damit absolute Notwendigkeit. Wir werden unser Moeglichstes tun, um einen politischen Durchbruch noch im Dezember zu erreichen, dies wird allerdings sehr schwierig, da andere wichtige Konferenzen anstehen.

BPK unterstreicht seinerseits den grossen Vorteil der EWR-Loesung auch fuer die EG, eine solche ist kurzfristig moeglich, ohne den institutionellen Reifeprozess der EG zu behindern. Was nachher kommt, steht momentan noch nicht fest, ein schweizerischer Beitritt ist keineswegs auszuschliessen.

3. Finnland

(Praesident Koivisto, AM Paasio, BP Koller, BR Felber)

K. glaubt, dass sich die Chancen fuer einen EWR in allerjuengster Zeit wieder verbessert haben, die EG will ihn offensichtlich. Wir waren allerdings von der kuerzlichen Entwicklung in Norwegen (Regierungswechsel) und Schweden (Regierungserklaerung ans Parlament) hin zum Beitritt etwas ueber-

rascht. Im Maerz 91 finden Wahlen statt, bislang macht sich in Finnland keine grundsaeztliche Opposition gegen die Annaeherung an die EG bemerkbar. (Bemerkenswert wie K. darauf insistiert, indem er als Gegensatz die negative Reaktion in einem Teil der Bevoelkerung anlaesslich der Unterzeichnung des Freihandelabkommens mit der EG erwaehnt).

BPK weist namentlich auf die innenpolitischen Schwierigkeiten hin, welche ein unbefriedigender EWR-Vertrag uns bereiten wuerde. Dieser hat im Referendum nur Chancen, wenn bei allfaelliger Gefaehrdung vitaler Staatsintressen ein Vorbehalt (opting-out) moeglich bleibt.

4. Schweden

(Premier Carlsson, AM Anderson, BP Koller, BR Felber)

C. erlaeutert zunaechst die Regierungserklaerung, welche an das schwedische Parlament gerichtet wurde: Es handelt sich um eine Langzeitperspektive Richtung Beitritt, prioritaeer im Moment bleibt der EWR. Dies ist in Schweden, auch in Wirtschaftskreisen, unbestritten. Wir sind recht optimistisch, dass ein solcher zustande kommt, im Moment liegt der Schluessel in der Hand von Delors. Eine befriedigende institutionelle Loesung ist auch fuer uns unverzichtbar. Die Verhandlungen, die bis zum Fruehjahr 91 grundsaeztlich unter Dach sein sollten, werden allerdings zaeh, die Landwirtschaftsbegehren der EG sind ein harter Brocken.

BPK beschreibt einleitend unsere Ueberraschung ob der bruesken schwedischen Hinwendung zum Beitritt. Indes haben die Vorkommnisse in Schweden und Norwegen offensichtlich auch die EG-Seite gezwungen, Farbe zu bekennen: Alle Beteiligten scheinen kurzfristig einen EWR als Pfeiler in der europaeischen Architektur fuer notwendig zu halten. Die Schweiz setzt im Moment voll auf den EWR.

5. Norwegen

(Premier Frau Brundtland, AM Stoltenberg, BP Koller, BR Felber)

Ein Arbeitsfruehstueck mit der 'neuen norwegischen Equipe' am letzten Tag des Gipfels erlaubte ein eingehendes Gespraech ueber den EWR im Lichte der zahlreichen bilateralen Treffen und Gespraechen zwischen EG und EFTA in Paris. Die einleitende Frage von B., die - wie am Tage zuvor schon Premier Carlsson - sich erkundigt, ob auf schweizerischer Seite der in kuerzlichen Verlautbarungen der schweizerischen EWR-Verhandlungsdelegation offensichtlich werdende Pessimismus mit Bezug auf einen politischen Durchbruch weiterhin vorherrsche, konnte BPK damit verneinen, beide Seiten stellen fest, dass von hoechster EG-Warte (Praesidentschaft, Kommission) nun eindeutige Willensaeusserungen zur Errichtung eines EWR vorliegen. laut B. liegt ein konkreter Loesungsvorschlag bereits bei Andriessen. B. glaubt, dass die Aufgabe der Ausnahmen durch die EFTA-Staaten ausschlaggebend war: da der Binnenmarkt im EWR damit weitgehend vorgezeichnet ist, sind institutionelle Konzessionen beim Prozess zu dessen endgueltiger Ausgestaltung fuer die EG etwas weniger problematisch geworden.

B. moechte weiterhin am 18.12. via ein EG-EFTA Ministertreffen den nun in Aussicht stehenden Durchbruch schaffen, BPK ist auf Grund seiner bisherigen Gespraechen eher skeptisch. Er betont, dass mit Blick auf das Referendum die Schweiz einen vorzeigbaren EWR braucht: die Moeglichkeit des opting-out sollte vor-

behalten bleiben.

Auf Frage von B. und S. erlaeuert BRF den Stellenwert der Neutralitaet allgemein in der schweizerischen Integrationsdiskussion. Sie duerfte im Rahmen der schweizerischen Abstimmung ueber den EWR keine ausschlaggebende Rolle spielen, dies im Gegensatz zu einem Beitritt. BPK erlaeuert, dass auf schweizerischer Seite dessenungeachtet der Beitritt auf laengere Sicht hin keineswegs ausgeschlossen wuerde. Sind jene EFTA-Laender, die bereits ein Beitrittsgesuch eingereicht haben, resp. dies gegebenenfalls bald tun werden, im Vorteil gegenueber weniger ausdruecklichen Kandidaten? B. sieht Anzeichen, dass nach Abschluss eines EWR das oesterreichische Gesuch vor der EG eher wieder etwas auf die lange Bank geschoben werden koennte.

Die Landwirtschaftsbegehren der EG im EWR-Rahmen sind massiver ausgefallen als erwartet. B. plaediert dafuer, dass gegenueber den suedlichen EG-Mitgliedern gezielte Konzessionen gemacht werden, der Rest sollte ins GATT verwiesen werden.

Unter dem Eindruck der dramatischen Aufrufe um Unterstuetzung durch die Ostmitteleuropaeer am Gipfel kommt schliesslich die drohende Moeglichkeit einer oekonomisch bedingten Wanderbewegung Ost-West zur Sprache. S. hat verlaessliche Hinweise, dass die sowjetische Fuehrung die auf den 1.1.91 vorgesehene Einfuehrung der Ausreiseerleichterungen fuer Sowjetbuerger suspendiert hat, dies aus Angst vor einem braindrain. B. und S. plaedieren fuer weitaus massivere Hilfe an Osteuropa. Will oder kann der Westen keinen zweiten Marshall Plan auf die Beine stellen? Noetig waere er.

6. Ungarn

(PM Antall, BP Koller)

Die Schweiz ist fuer A. ein zentraler Partner Ungarns, speziell auch im jetzigen Zeitpunkt. Sie gehoert zu den vier wichtigsten Investoren (USA, BRD, A, CH), ich selbst habe persoenliche und berufliche (Ciba-Geigy) Verbindungen zur Schweiz. Zwei Probleme stehen fuer Ungarn mit Blick auf seine Beziehung zu Westeuropa im Vordergrund, nachdem nun der politische Durchbruch, symbolisiert in der Aufnahme in den Europarat, geglueckt ist: Die Verbreiterung der Wirtschaftsbeziehungen und gemeinsame Loesungen fuer oekonomisch bedingte Wanderbewegungen von Ost nach West. Ungarn mag an der Oberflaeche relativ wohlhabend erscheinen, darunter besteht aber einerseits ein Problem mangelnder Reserven jeglicher Art (kuerzliche Treibstoffkrise), andererseits muss die von der kommunistischen Planwirtschaft herbeigefuehrte Infantilisierung (A's Ausdruck) breiter Bevoelkerungsschichten wieder in marktwirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen verkehrt werden.

Wir streben ein umfassendes Assoziationsabkommen mit der EG an, wollen aber parallel dazu ein moeglichst enges und weitgehendes Vertragsverhaeltnis auch mit der EFTA.

BPK unterstreicht den Vertrauensvorsprung, den sich Ungarn durch seine Pionierrolle anlaesslich der demokratischen Revolution in Ostmitteleuropa auch in der Schweiz geschaffen hat. Dieser bildet eine solide Basis auch fuer Wirtschaftsbeziehungen, die ja primaer Sache der Privaten sind. Den Ungarn-Schweizer von 1956 kommt wertvolle Unterstuetzungs-

funktion in der schweizerischen Wirtschaft zu. Mit Bezug auf die Fluechtlingsstroeme muss alles daran gesetzt werden, die wirtschaftlichen Ursachen im Herkunftsland zu behandeln, bei der Aufnahme von Asylsuchenden fliessen beträchtliche Mittel in rechtsstaatlich unabdingbare, wirtschaftlich aber unproduktive Ausscheidungsverfahren.

7. Rumaenien

(AM Nastase, BR Felber)

Nach der politischen Umbruchsphase steht Rumaenien, so N., nun mitten in einem ambitionierten aber sozial heiklen Programm des Uebergangs zur Marktwirtschaft. Wir verstehen nicht, warum die westlichen Industriestaaten uns ausgerechnet jetzt in den Ruecken fallen, indem die G-24 (Koordination der Unterstuetzung fuer Osteuropa der OECD-Staaten) kuerzlich wiederum den formalen Ausschluss Rumaeniens von der entsprechenden internationalen Unterstuetzungsaktion betaetigt hat. Wir kennen aber die diesbezugliche wohlwollende Haltung der Schweiz und moechten die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausweiten.

BRF weist unmissverstaendlich auf den beträchtlichen Rest von Skepsis hin, mit der Regierung und Oeffentlichkeit in der Schweiz den gegenwaertigen Stand des Demokratisierungsprozesses in Rumaenien betrachte. Dass von dort weiterhin politische Fluechtlinge kommen, ist kein gutes Zeichen, gerade auch fuer jene Schweizer, die sich in Rumaenien wirtschaftlich engagieren wollen. Wir warten auf klare politische Signale. Schweizerische Unterstuetzung ist weiterhin in einzelnen Bereichen punktuell moeglich, so beispielsweise in der Ausbildung. Die bestehenden Mittel sind allerdings momentan ausgeschoeppt, der naechste Rahmenkredit wird aber grundsuetzlich auch Rumaenien offen stehen. Mit dem Fortgang der Reformen in Rumaenien wird sich in Zukunft auch die G-24 oeffnen.

N. plaediert noch einmal fuer Unterstuetzung jetzt und nicht in einem Jahr. Auf der linken und rechten Seite warten antidemokratische Kraefte auf die politische Ausschlachtung einer allfaelligen Wirtschaftsmisere. Meinungsaeusserung und Reisefreiheit sind heute in Rumaenien voll gegeben. Auch die Justiz ist wirklich unabhaengig, anlaesslich von bilateralen Kontakten und Projekten sollte sich die schweizerische Seite davon ueberzeugen. Prof. Voyame (schweizerischer Beauftragter der UNO-Menschenrechtskommission) wird Ihnen das bestaetigen. Ich lade sie gerne zu einem offiziellen Besuch in Rumaenien ein.

BRF nimmt dies entgegen unter Hinweis auf seine Beanspruchung 1991 (700-Jahr Feier) und 1992 (Praesidialjahr).

8. Bulgarien

Bericht folgt in Wochentelex. Woker.

)))

affetra

Kopie: - EJPD: . Bundespraesident
 . Sekretariat Bundespraesident
 - EMD: . Sekretariat Departementschef

- EVED: . Sekretariat Departementschef
- EFD: . Sekretariat Departementschef
- EDI: . Sekretariat Departementschef
- EVD: . Departementschef
 - . Sekretariat Departementschef
 - . BAWI: - Staatssekretaer
 - Botschafter Arioli
 - Westeuropa
 - Osteuropa
- Integrationsbuero EDA/EDV
- EDA: . Departementschef
 - . Sekretariat Departementschef
 - . GS
 - . Direktion fuer Voelkerrecht
 - . Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - . JAC, SIN, WOK, JE, NB, FR

17836 ZEICHEN/CARACTERES